I. Änderung

vom

zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Meerbusch vom 18. Dezember 2002

Aufgrund des § 7 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2, Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW.2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV.NRW. S.498) und § 1 der Verordnung zur Durchführung des Bürgerentscheids vom 10. Juli 2004 (GV.NRW., S. 383), hat der Rat der Stadt Meerbusch am folgende I. Änderung zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Bürgermeister bildet einen Abstimmungsvorstand zur Ermittlung des Ergebnisses der Urnenwahl und einen weiteren Abstimmungsvorstand zur Ermittlung des Briefwahlergebnisses. Der Abstimmungsvorstand besteht aus dem Vorsteher, dem stellvertretenden Vorsteher und mindestens drei Beisitzern. Der Bürgermeister bestimmt die Anzahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Der Bürgermeister oder in seinem Auftrag der Vorsteher bestellt aus den Beisitzern den Schriftführer und dessen Stellvertreter. Die Beisitzer des Abstimmungsvorstandes können im Auftrage des Bürgermeisters auch vom Vorsteher berufen werden. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.“

2. § 4 Absatz 4 wie wie folgt geändert:

„(4) Stimm Scheine können noch bis zum 3. Tag vor Beginn des Abstimmungszeitraumes bis 18.00 Uhr beantragt werden, im Übrigen gilt § 19 Abs. 3 KWahlO entsprechend.“

3. § 6 wird wie folgt geändert:

„(1) Spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses benachrichtigt der Bürgermeister jeden Abstimmberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.“

„(2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:

1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung des Abstimmberechtigten,
2. die Abstimmungslokale (Bürgerbüros),
3. die Nummer, unter der der Abstimmberechtigte in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
4. die Aufforderung, diese Benachrichtigung und einen gültigen Ausweis zur Abstimmung mitzubringen, verbunden mit dem Hinweis, dass auch bei Verlust dieser Benachrichtigung an dem Bürgerentscheid teilgenommen werden kann,
5. die Belehrung über die Beantragung eines Stimm Scheins und die Übersendung von Unterlagen zur Stimmabgabe per Brief,
6. ein Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. § 6 a dieser Satzung.“

„(3) Spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses macht der Bürgermeister öffentlich bekannt:

1. den Abstimmungszeitraum des Bürgerentscheids und den Text der zur Entscheidung stehenden Frage,
2. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Abstimmungsverzeichnis ausliegt und

3. dass innerhalb der Auslegungsfrist beim Bürgermeister Einspruch gegen das Abstimmungsverzeichnis eingelegt werden kann.“

4. Als § 6a – Abstimmungsheft/Informationsblatt - wird neu eingefügt:

„(1) Die Titelseite enthält die Überschrift Abstimmungsheft/ Informationsblatt der Stadt Meerbusch zum Bürgerentscheid und den Text der zu entscheidenden Frage sowie Tag und Uhrzeit, zu denen die Bürgerbüros für die Stimmabgabe geöffnet sind und bis zu denen der Stimmbrief beim Bürgermeister eingegangen sein muss.“

„(2) Das Abstimmungsheft/Informationsblatt enthält

1. die Unterrichtung durch den Bürgermeister über den Ablauf der Abstimmung und eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief,
2. eine kurze sachliche Begründung der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens. Legen die Vertretungsberechtigten keine eigene Begründung vor, so ist die Begründung dem Begründungstext des Bürgerbegehrens zu entnehmen,
3. eine kurze sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die das Bürgerbegehren abgelehnt haben,
4. eine kurze sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die dem Bürgerbegehren zugestimmt haben und
5. eine Übersicht über die Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen samt Angabe ihrer Fraktionsstärke. Sondervoten einzelner Ratsmitglieder und die Stimmempfehlung des Bürgermeisters sind auf deren Wunsch wiederzugeben.“

„(3) Die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens sowie jeweils ein Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen verständigen sich unter Beteiligung des Bürgermeisters über eine Obergrenze für die Länge der Texte und eine angemessene, sachliche Darstellung der Inhalte (Abs. 2 Ziff. 2 bis 4). Wird eine einvernehmliche Verständigung nicht erzielt, ist die Darstellung im Abstimmungsheft auf die Unterrichtung über den Ablauf der Abstimmung, eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief und den Begründungstext des Bürgerbegehrens sowie die Übersicht über die Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen, des Bürgermeisters und evt. Sondervoten einzelner Ratsmitglieder zu beschränken. Der Bürgermeister kann für die im Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 darzustellende Begründung des Bürgerbegehrens ehrverletzende oder eindeutig wahrheitswidrige Behauptungen des Begründungstextes streichen sowie zu lange Äußerungen ändern und kürzen.“

„(4) Das Abstimmungsheft wird spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses im Internet auf der Homepage der Stadt Meerbusch veröffentlicht.“

5. § 7 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

„(4) Die Bekanntmachung kann auch den weiteren Inhalt des Abstimmungsheftes/Informationsblattes nach § 6 a enthalten.“

6. § 7 Abs. 5 wird um eine Ziff. 6 ergänzt:

„6. wo und wann das Ergebnis des Bürgerentscheids ermittelt wird.“

7. § 10 Abs. 1, 3 und 4 werden wie folgt geändert:

„(1) Der Abstimmende hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme an der Abstimmurne oder per Brief geheim ab.“

„(3) Im Fall der Abstimmung an der Abstimmurne faltet der Abstimmende den Stimmzettel und wirft ihn in die Abstimmurne.“

„(4) Der Abstimmende kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein Abstimmender, der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen behindert ist, den Stimmzettel zu

kennzeichnen, zu falten und in die Abstimmurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen. Hilfsperson kann auch ein vom Abstimmberechtigten bestimmtes Mitglied des Abstimmungsvorstandes sein. Blinde oder Sehbehinderte können sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.“

8. § 11 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Auf dem Stimmschein hat der Abstimmende oder die Hilfsperson (§ 10 Abs. 4 Satz 2 *und* 3) dem Bürgermeister an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Abstimmenden gekennzeichnet worden ist.“

9. § 12 Abs. 2 wird um eine Ziff. 9 ergänzt:

„9. dem Stimmbriefumschlag mehrere Stimmumschläge, aber nicht die gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Stimmscheine enthält“

10. § 17 wird wie folgt gefasst:

„Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31. August 1993 (GV. NRW. S. 592, ber. S. 967), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2003 (GV. NRW. S. 766) finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7 bis 11, 12 Abs. 1, 2 und 4, 13 bis 18, 19, 20 bis 22, 33 bis 60, 63, 81 bis 83.“

11. Diese I. Änderung zur Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Meerbusch tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Meerbusch, den Juni 2005

Dieter Spindler
Bürgermeister